



95. Landesparteitag

Beschluss

Die Inklusive Stadt:

Alle Menschen sind gleich, was ihre Grundrechte angeht; sie sind aber sehr unterschiedlich in ihren Ressourcen und Bedürfnissen. Dieser Vielfalt muss die soziale Stadtentwicklung Rechnung tragen.

Sie sollte die Zusammenballung von Menschen mit ähnlichen Bedürfnissen, die in ganz verschiedenen Schichten zum Rückzug aus der Gemeinschaft führen kann, sorgsam verhindern, ebenso wie die für Großstädte typische Vereinzelung: die Inklusive Stadt gibt jedem die Chance, sein Leben frei, in gesellschaftlicher Verantwortung zu gestalten, entsprechend seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten.

Bei Neu- und Ausbau, sowie bei Renovierung öffentlicher Gebäude und ÖPNV, bei Neuanlagen im öffentlichen Raum (1) sollte **Barrierefreiheit** selbstverständlich sein. Barrierefreiheit bedeutet für die FDP die uneingeschränkte Zugänglichkeit und Nutzbarkeit aller Lebensbereiche (1) und die Möglichkeit ihrer Mitgestaltung für alle Menschen. Dazu gehören Verkehr, Wohnraum und Kommunikation. (1)

Auch private Investoren werden aufgefordert, barrierefrei zu bauen, indem sie z.B. Erdgeschoss-Wohnungen für die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung gestalten.

Menschen entwickeln in verschiedenen Gemeinschaften besondere Sprachcodes oder sprechen ihre Muttersprache; dieses ist begrüßenswert, spricht für Kreativität oder Verbundenheit zu den eigenen Wurzeln. Wird jedoch nicht die deutsche Hochsprache beherrscht, ist Teilhabe an der Gesellschaft nicht umfassend möglich, kann das zu Abgrenzung führen. Die erste und wesentliche Stufe der Inklusion ist



daher die gelungene **Kommunikation**.

In der Inklusiven Stadt gibt es barrierefreie Stätten der Begegnung, Bildung, Kultur und des Sports in allen Stadtteilen, die die Kommunikation und damit das Verstehen des Anderen fördern.

Die **Familie** als kleinste soziale Einheit unserer Gesellschaft hat schon immer fürsorgende Aufgaben erbracht - besser als der Staat. Sozial heißt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Wir wollen Familien und andere Lebensgemeinschaften stark machen, um den Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden, die unsere Hilfe brauchen: Kinder, Alte, Menschen mit Krankheiten und Behinderung.

Die Inklusive Stadt ermöglicht Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Familien, die durch Familienarbeit belastet sind, sollen nicht an den Rand der Arbeitsgesellschaft geraten: Teilzeit, Gleitzeit, Heimarbeit, Arbeitszeitbudgets, Sabbatjahre werden in **familienfreundlichen Unternehmen** selbstverständlich, dadurch wird eine win-win-Situation geschaffen, da diese Unternehmen von einer deutlich höheren Mitarbeiterproduktivität belohnt werden. Wir wollen bevorzugt familienfreundliche Unternehmen in unserer Stadt ansiedeln.

Aufgrund ihrer familiären Situation teilzeit arbeitenden Familien sollte bevorzugt preiswerter Wohnraum, z.B. als Firmenwohnung, zur Verfügung stehen, damit sie sich Teilzeit überhaupt leisten können. Wohn- und Arbeitsplätze sollten, wenn möglich, nah beieinander liegen, hochwertige Betriebs-KiTas zunehmend die Regel sein.

Wir wollen **neue Wohnformen** ermöglichen, in denen Alte und Junge beieinander leben, Alleinerziehende sich gegenseitig unterstützen können, Menschen mit verschiedenen Handicaps mit Unterstützung möglichst frei und selbstbestimmt leben können.

Inklusion kann nicht vom Staat verordnet werden: er sorgt nur für gute Rahmenbedingungen und Anreize; die Schaffung der Inklusiven Stadt ist eine kreative gesamtgesellschaftliche Aufgabe.



Inzwischen gibt es in Hamburg 520 000 **Alleinstehende**, die kleine, häufig preiswerte Wohnungen suchen; Familien suchen große, ebenfalls preiswerte Wohnungen; andererseits leben viele inzwischen allein stehende Menschen seit Jahrzehnten in großen Wohnungen: für sie sind Anreize zu setzen, diese großen Wohnungen frei zu machen für Familien oder Wohngemeinschaften, indem ihnen kleinere preiswerte, barrierefreie Wohnungen in ihrem Quartier mit Umzugshilfe angeboten werden.

Mehr Neubauwohnungen sollten mit flexiblen Grundrissen gebaut werden, damit sie dem sich ändernden Raumbedarf Rechnung zu tragen. Sehr kleine Wohnungen sind im Ensemble mit größeren zu mischen.

Ein **Ehrenamt** auszuüben ist für jeden möglich, er bringt sich und seine Kompetenzen damit in die Gesellschaft ein, erfährt Wertschätzung und weitere Entwicklung seiner Fähigkeiten. Auch Bürgerbeteiligung ist ein Ehrenamt. Bürger beteiligen sich an der Gestaltung ihres Stadtteils, übernehmen Verantwortung vor allem im sozialen Miteinander und schaffen sich ein lebens- und liebenswertes Umfeld.

Armut hat viele Dimensionen und ist Teil der inklusiven Stadt, die jedem ermöglicht, an der Gesellschaft teilzuhaben. Wer nur unter seinesgleichen lebt, kennt die Vielfalt nicht. Wir wollen Arme in die Wohngesellschaft inkludieren, so wie Genossenschaften schon lange Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen klug mischen. In Verbindung mit guter Bildung für Kinder und Erwachsene werden sie den Weg zurück in die Gesellschaft finden.

Wohnungslosigkeit, weil kein preiswerter Wohnraum zu finden ist, widerspricht der Menschenwürde; sie darf es in unserer Wohlstandsgesellschaft nicht geben. Das Liberale Bürgergeld ist ein Instrument, Bedürftigen ein Zuhause in der Mitte der Gesellschaft zu ermöglichen. Beispielhaft sind Wohngemeinschaften ehemals Wohnungsloser, die, vorwiegend ehrenamtlich betreut, den Weg zurück in die Gemeinschaft und möglichst auch in das Arbeitsleben finden. Diese erfolgreichen Modelle sind weiter auszubauen.



Wir wollen kluge Modelle entwickeln, durch die alle Menschen leichter **Wohneigentum** erwerben können. Bezahlbare individuelle Einfamilienhäuser mit Gärten muss es auch in der Großstadt geben, sorgsam begleiteter Nonkonformismus gerade in diesem Segment unterstützt den Charme einer Stadt. Die Bildung von kleineren Baugenossenschaften und Baugemeinschaften ist zu unterstützen, ihnen sind - bei nachhaltigem Konzept – bevorzugt preiswerte Grundstücke zu überlassen. Grundstücke der Öffentlichen Hand sind einer Nutzung zuzuführen, die dem Grundsatz einer Inklusiven Stadt entsprechen. Erwerb von Grundeigentum bedeutet Übernahme von Verantwortung und Investition in die eigene Zukunft - und in die Inklusive Stadt.